

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 89 (1995)
Heft: 10

Artikel: "Was hat Peking gebracht?" : Eine erste Einschätzung der Weltfrauenkonferenz in Peking und des NGO-Forums
Autor: Jegher, Stella
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143932>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Was hat Peking gebracht?»

Eine erste Einschätzung der Weltfrauenkonferenz in Peking und des NGO-Forums

Stella Jegher hat am NGO-Forum in Huairou anlässlich der Weltfrauenkonferenz in Peking teilgenommen und für uns diesen Bericht geschrieben, der «trotz allem wichtige Erfahrungen» vermitteln möchte. Die Autorin, langjährige feministische Friedens-Aktivistin und -Forscherin, arbeitete in den letzten fünf Jahren auf der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit. Sie ist Mitglied des Frauenrates für Aussenpolitik FrAu und kandidiert auf der unabhängigen Zürcher Frauenliste FraP! für den Nationalrat.

Red.

Paradigmenwechsel kein Thema mehr

Die *unbezahlte Arbeit*, die weltweit zu über 90 Prozent von Frauen geleistet und deren Wert auf 11 000 Mrd. Dollar geschätzt wird, soll *volkswirtschaftlich sichtbar* werden: Dass diese alte Forderung der weltweiten Frauenbewegungen im Schlussdokument von Peking ihren Niederschlag fand, mag als Erfolg erscheinen. Wieviel der Passus in der politischen Realität wert ist, wird allerdings von anderen Machtverhältnissen und einer anderen politischen Atmosphäre abhängen, als sie in den Konferenzräumen von Peking herrschten.

Ein Müsterchen davon lieferte etwa die Radio-Diskussion unter Ständeratskandidatinnen von letzter Woche in Zürich, wo darüber gestritten wurde, ob *Mutter-schaftsbeiträge* als Versicherungsgeld an alle oder als Sozialzustupf nach dem Bedürftigkeitsprinzip auszuzahlen seien. Die Forderung nach grundsätzlicher Anerkennung der Mutterschaft als gesellschaftlicher Leistung mit entsprechender Entschädigung verhallte im Chor der finanz-politischen Argumente ungehört.

Die Umsetzung der *Pekinger «Aktionsplattform»*, das steht schon heute fest, würde Milliarden kosten. Milliarden, die – mindestens gemessen an den Paradigmen

des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsdenkens – nicht vorhanden sind. Andere wirtschafts- und sozialpolitische Paradigmen aber waren in Peking nicht Thema, obwohl Frauen am NGO-Forum in Huairou sie vehement forderten.

Noch deutlicher als das Missverhältnis zwischen den Willenserklärungen der Regierungsdelegationen in der Aktionsplattform und der politisch-(welt)wirtschaftlichen Realität in den einzelnen Ländern ist denn auch die Diskrepanz zwischen den am *NGO-Forum* diskutierten Anliegen und dem herrschenden Diskurs in der *sonstigen Öffentlichkeit*. Während etwa im «Friedenszelt» in Huairou unbestritten war, dass nicht nur alle Atomwaffenversuche einzustellen sind, sondern auch sämtliche Atomwaffen verschrottet und die zivile Atomenergieproduktion mindestens reduziert gehört, genügte auf der Heimreise ein Blick in den «Figaro» oder ein Gespräch mit den Nachbarn im Flugzeug, um auf den Boden der «realitätsnäheren» Argumente zurückzukommen, deren Quintessenz noch immer lautet: Es gibt keine Alternativen.

Während in Nairobi zehn Jahre früher noch Aufbruchstimmung geherrscht haben mag, war Peking – was die offizielle Ebene betrifft – über weite Strecken vor allem ein *Festhalten am Erreichten* (Motto «not going back», wie ein Slogan schon an der

Vorbereitungskonferenz in New York hiess). Und was die nichtstaatliche Ebene angeht, wurde zwar die auch gegenüber Nairobi nochmals gewachsene Breite der Frauenbewegung sichtbar, es war aber auch das Bewusstsein spürbar, dass das gegenseitige Bestätigen von Veränderungswünschen und das Feiern der gemeinsamen Stärke nicht genügt, um einen Schritt weiterzukommen.

Trotz allem: wichtige Erfahrungen

Das mag zunächst ernüchternd klingen. Wenn ich auf die zwei Jahre Vorbereitungszeit in der Schweiz zurückblicke, gingen die Erwartungen, mindestens was die NGO-Frauen angeht, allerdings auch nicht weit über die Hoffnung auf ein gutes «Networking», den Austausch mit Frauen aus anderen Lebenszusammenhängen und vielleicht die Einsicht in das eine oder andere neue Diskussionsfeld hinaus. Und vor dem Hintergrund dieser Erwartung können wir durchaus feststellen: «Peking» hat etwas gebracht.

Da war zunächst der Effekt des regionalenübergreifenden (und oft auch ideologieübergreifenden) Austauschs. Gewiss, vieles, was an diesem *immensen Markt der Möglichkeiten* in Huairou inhaltlich angeboten wurde, klang altbekannt und provozierte ein müdes «Nicht schon wieder». Anderseits ist nicht zu unterschätzen, was es heisst, Theorien und Analysen, die wir vielleicht von ferne gemacht oder gehört haben, einmal aus der Sicht von Frauen, die persönlich in ein politisches Geschehen involviert oder von den Folgen einer Politik in Mitleidenschaft gezogen sind, illustriert, bestätigt oder auch relativiert zu bekommen.

So ging es mir zum Beispiel, wenn *Frauen aus Rwanda* oder *Somalia* über ihr Erleben von UNO-Einsätzen berichteten: wie die kriegführenden Stammesherren auch von UNO-Kommandanten allezeit wichtiger genommen würden als etwa ein Frauenrat, und wie die UNO-Vertreter parteiisch nicht nur auf Seiten bestimmter Kriegsherren, sondern auf Seiten der Männer

generell agierten. Oder bei Frauen aus afrikanischen NGOs, die über das Problem der Verantwortlichkeit ihrer Organisationen gegenüber der Basis nachdachten, die allzu oft hinter der Verantwortlichkeit gegenüber den Geldgebern aus dem Norden verlorenging.

Dann gab es das bestärkende gemeinsame Empfinden jener *Ungeduld*, die die philippinische Referentin, die ich so gerne zitiere, zum Ausspruch «It's time to take over» veranlasste – «Es ist Zeit, dass wir die Macht übernehmen.» Die innerhalb des Forums durchgeföhrten «regionalen Kongresse Frauen in der Politik» für die Regionen Asien-Pazifik, Afrika, Europa, Lateinamerika und Karibik sowie die Arabischen Länder zeigten auch ein bereits beachtliches *Potential an Frauen* auf, die bereit sind und die nötige Erfahrung haben («mehr Erfahrung als ein männlicher Politiker zu haben, ist schnell einmal möglich», meinte eine Parlamentarierin aus Zambia), in die Legislativen und Exekutiven auf allen Ebenen einzusteigen. Die Asiatischen Frauen, allen voran die Philippinas, haben hier Pionierinnenarbeit geleistet beim Ausloten der Möglichkeiten von Zusammenarbeit und gegenseitiger Stärkung. Aber auch in Europa wächst die Zahl der Frauen, die nicht mehr nur Dekoration auf männlichen Parteilisten sein, sondern als Politikerinnen selbständig und frauenbewusst agieren wollen. Sie sammeln sich auf *Frauenlisten* und in *Frauenparteien* in immer mehr Ländern.

Strategien sind gefragt

Hier allerdings setzen auch die *Fragezeichen* ein bezüglich der Standortbestimmung einer weltweiten Frauenbewegung, die zwar in diesem Jahrhundert eine beachtliche Präsenz entwickelte, sich mit ihren Inhalten aber noch sehr wenig durchsetzen konnte, und deren Erfolgen auf der anderen Seite immer wieder die frauenfeindliche Macht der Sachzwänge und der Männerbünde entgegengrist. Wie kommen wir weiter, wie überwinden wir dieses Gefühl der Stagnation, das sich auch

in Huairou des öfteren breitgemacht hat?

Die zwei zentralen Stichworte angesichts dieser Frage sind die Erarbeitung klarerer Strategien und das Einfordern von Rechenschaft (im NGO-Slang «Accountability» genannt).

Gerade im *Friedensbereich*, den ich teilweise mitzuverfolgen versuchte, war meines Erachtens zu viel von (selbstverständlichen) Forderungen und zu wenig von Strategien die Rede: Wenn wir heute ein Verbot von Atomwaffen fordern, wie sehen dann unsere Aktivitäten in den folgenden zehn Jahren aus, um der Forderung Nachdruck zu verleihen? Wer macht was in welchem Land, wie arbeiten wir zusammen, welche Politikerinnen sind anzusprechen, welche Institutionen spielen eine Rolle und müssen «lobbiert» werden?

Mehr Erfahrung haben diesbezüglich vielleicht die Frauenorganisationen aus Indien im Bereich des Widerstandes gegen Strukturanpassungsprogramme. Jedenfalls wurde hierzu mehr als ein Workshop angeboten, in dem es um konkrete Strategien ging. Strategien, die auch nach einer klaren Verständigung zwischen Frauen aus dem Süden mit den Frauen im Norden verlangen, die für gewöhnlich besseren Zugang zu den Schaltstellen von Weltbank, IWF und GATT haben (oder potentiell hätten).

Rechenschaft fordern!

«Accountability» war ein Schlagwort, das in Huairou ständig fiel. Es gründet auf der Erkenntnis, wie viele *Lippensbekennisse* von Regierungen, internationalen Gremien und Konferenzen bereits gemacht, noch nie aber eingehalten worden sind. Ein Beispiel: Wenn heute an Konferenzen darüber gestritten wird, ob die *Militärausgaben* weltweit um 10 oder um 20 Prozent zu reduzieren seien, halten wir dem entgegen, dass die UNO schon 1981 in ihrer Resolution 36/82 ein Einfrieren der Militärbudgets auf dem damaligen Niveau forderte, die Militärausgaben weltweit seither aber um das Doppelte gestiegen sind. Das heisst nichts anderes, als dass die Forderung nach einer 50-Prozent-Reduk-

tion heute lediglich das Einfordern einer UN-Resolution von vor 14 Jahren ist!

Rechenschaft fordern heisst, die Regierungen beim Wort nehmen, überprüfen, was von den Versprechungen durchgeführt wird, *Transparenz verlangen* in bezug auf die entscheidenden Mechanismen und Prozesse. Eine immense Aufgabe, mit der aber in jedem Land von unten her begonnen werden kann, unterstützt vom internationalen Netzwerk des Frauenwissens und der Frauenerfahrungen.

Für die *Schweiz* wird die Frage nach der Rechenschaftspflicht und nach der Strategie, um diese einzufordern, die Nach-Peking-Diskussionen der Frauenbewegung prägen. Schon in den zwei Jahren der Vorbereitungsarbeit zeigten sich einerseits gewisse Mängel in den Strukturen der feministischen Bewegung, die ein effizientes Dranbleiben an den Entscheidungsprozessen auf Regierungsebene und ein gutes Lobbying erschweren: Eine gemeinsame Plattform, eventuell ein System von Sprecherinnen oder eine rasche kollektive Reaktionsfähigkeit müssten diskutiert werden. Aber auch von der anderen Seite her, also in bezug auf die Transparenz der Regierung und ihrer Vertreterinnen und Vertreter, etwa im Gleichstellungsbüro, wurden Mängel sichtbar. Im Zusammenhang mit dem 50jährigen UNO-Jubiläum haben Frauenorganisationen bereits eine verbesserte Struktur für den Austausch zwischen Regierung, Verwaltung und NGOs im aussenpolitischen Bereich gefordert. Die Auswertung von Peking, so wie denn nicht nur die Begegnungen, das Networking und das «Erlebnis China» als Resultat zurück behalten wollen, wird ein noch viel stringenteres Vorgehen in diese Richtung verlangen.

Denn «was Peking gebracht hat», misst sich weniger an den heutigen Eindrücken, sondern wird sich daran messen müssen, wie wir die Erfahrung der Zusammenarbeit NGO / Verwaltung / Parlament / Regierung auf der aussen- wie innenpolitischen Linie fortsetzen und wie wir die Umsetzung an sich guter Forderungen verwirklichen können.